



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
- L 214 -

Kiel, 14. Februar 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*22. Sitzung des **Europaausschusses***

*am Mittwoch, dem 12. Februar 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung nahm der Ausschuss einen **Bericht der Europaministerin über die vergangene und kommende Europaministerkonferenz** entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

Sodann führte der Ausschuss ein Gespräch mit dem Präsidenten der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), Herrn Hans Heinrich Hansen, und mit der Minderheitenbeauftragten des Ministerpräsidenten, Frau Renate Schnack, unter anderem zur **Minority Safepack Initiative**. Es schloss sich ebenfalls eine Diskussion an.

Im Anschluss daran erörterte der Ausschuss mit dem Chef der Staatskanzlei, Herrn Staatssekretär Studdt, Möglichkeiten des Umgangs mit **Bundesratsangelegenheiten**.

Zum Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend **Schleswig-Holstein setzt sich für mehr Transparenz im Bundesrat ein**, [Drucksache 18/923](#), kam der Ausschuss überein, diesen im März weiter zu beraten.

Den **Bericht von der 6. Subsidiaritätskonferenz - „Subsidiaritätskontrolle nach Lissabon: Erfahrungen und Perspektiven“** verschob er einvernehmlich auf die Sitzung des Ausschusses im März.

In Übereinstimmung mit dem mitberatenden Wirtschaftsausschuss und vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Umwelt- und Agrarausschusses empfahl der Europaausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der PIRATEN die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der PIRATEN betreffend **EU-US-Verhandlungen über Freihandelsabkommen stoppen**, [Drucksache 18/1510](#). Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten der SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN empfahl er dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der

Abgeordneten des SSW betreffend **Umwelt- und Gesundheitsstandards durch transatlantisches Freihandelsabkommen nicht aufweichen**, Drucksache 18/1458.

Folgende Vorlagen nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis:

- **Gespräche mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde**
Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/1022](#)
- **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2014**
Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/1413](#)
- **Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2011 bis 2012**
[Drucksache 18/1035](#)
- **Beschlüsse der 27. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**
[Umdruck 18/2058](#)
- **Vorlage zur Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**
[Umdruck 18/2374](#)
- **Bundesratsangelegenheiten**
[Umdruck 18/2372](#)

Terminhinweis:

Der Ausschuss beschloss, sich in einer Sondersitzung in der Mittagspause des kommenden Landtagsplenums am Mittwoch oder Donnerstag von der Landesregierung über ihre Anmerkungen zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hinsichtlich der Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen, informieren zu lassen.

Schluss: 12:15 Uhr

gez. Thomas Wagner